

Matthias Machnig

Produktiv statt disruptiv

Eigene Stärken, eigene Werte: Die Digitalisierung als Chance der offenen Gesellschaft

»Die Luft der Freiheit weht« steht als deutscher Satz im Wappen der kalifornischen Stanford University, dieser schier unerschöpflichen Quelle von neuen Talenten für das Silicon Valley. Darüber hinaus scheinen die Gemeinsamkeiten zwischen dem kalifornischen Mekka der Digitalisierung und den Aktivitäten in diesem Bereich in Deutschland eher gering zu sein. Auf den ersten Blick und in mancher Hinsicht zumindest. Das muss aber nicht immer schlecht sein.

Da sind erstens die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten. Auch wenn das Volumen zuletzt deutlich gestiegen ist, so erreicht das Risikokapital in diesem Bereich deutschlandweit insgesamt nur einen Bruchteil dessen, was in den USA allein im Silicon Valley investiert wird: 3 Milliarden US-Dollar hier stehen 26 Milliarden US-Dollar dort gegenüber, der deutsche Anteil am weltweiten Venture-Capital-Markt beträgt gerade einmal 3,3 %. Klar ist, dass dieser Wettbewerbsvorteil bei der Finanzierung von Innovationen nicht folgenlos bleibt. Hier müssen wir dringend aufholen.

Die USA zum Vorbild nehmen, können wir uns zweitens mit Blick auf das radikal Nützliche, das immer im Vordergrund steht. In der Elektronik- und App-Industrie geht es immer um die Befriedigung von Grundbedürfnissen, also um etwas ganz Konkretes, ganz Soziales, ganz Lebensweltliches. Mit digitalen Anwendungen, heutzutage meist einfachen Apps auf ganz gewöhnlichen Smartphones, organisiert bereits eine ganze Generation große Teile ihres Lebens. Politik, zumal die sozialdemokratische, sollte deshalb nicht den Fehler machen, nur die Gefahren des digitalen Wandels zu sehen und damit an

der Begeisterung und an der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land vorbei zu argumentieren.

Drittens dominieren doch sehr unterschiedliche Philosophien. Während es beim bekanntesten deutschen Internetakteur heißt, er würde »Proven Models für Basic Needs« entwickeln, also einem Geschäftsmodell folgen, dessen Kern nach eigener Aussage die Vermeidung von Risiken sei, wird Steve Jobs mit seinem Credo »bleibt hungrig und leichtsinnig« wohl für alle Ewigkeit den risikoaffinen Ansatz des Silicon Valley auf den Punkt gebracht haben.

Bleibt ein vierter, höchst aktueller Aspekt: die Sicherheit. In den USA geht man politisch und gesellschaftlich mit Daten grundsätzlich anders um als in Deutschland. Während auf der anderen Seite des Atlantiks bei der Nutzung einer neuen Technologie eher danach gefragt wird, was diese alles »kann«, ist hierzulande eher wichtig, was man »darf«, ohne das Recht auf Privatheit oder informationelle Selbstbestimmung einzuschränken. Dazu gibt es in Deutschland eine lange Tradition, und das ist gut so. Der Erhalt unserer Datenautononomie gehört zu unseren wichtigsten Zielen bei der Gestaltung des digitalen Wandels.

Alle vier Vergleichspunkte geben eine gute Orientierung, wo angesetzt werden muss. Unser großer Vorteil ist, dass Fehler, die andere gemacht haben, nicht von uns wiederholt werden müssen, und wir eine neue, eine ganz eigene Ausrichtung gemäß unseres Wertefundaments vornehmen können. Dafür brauchen wir den Mut, uns auf unsere Stärken zu besinnen und unsere gesellschaftlichen und rechtlichen Errungenschaften zu verteidigen. Und wir brauchen mehr digitale Reife, mehr Offenheit gegen-

über neuen Formen von Arbeit und Finanzierung und ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass Ideen raus aus den Laboren geholt und industrialisiert, also kommerzialisiert werden müssen. Dieser Wandel erfordert die stärkere Mobilisierung von allen Talenten und Ressourcen in unserem Land.

Es ist wohl einfach so: Hier in Deutschland trifft man im – zumindest kommerziell erfolgreichen – Digitalbereich eher auf Betriebswirte und Optimierer und im Valley eher auf die sogenannten

Auf die eigenen Stärken besinnen

Geeks und Nerds, die – im positiven Sinne – Technikspinner. Jedoch wird da auch ganz bewusst ein Mythos erzeugt, ein Geist beschworen, Anziehungskraft hergestellt, also Marketing betrieben. Wer einmal im Silicon Valley zu Gast war oder Christoph Keeses gleichnamigen Erfahrungsbericht von 2014 gelesen hat, weiß, dass das wirkt. Das sollte man immer bedenken.

Auch wenn die ganz große Revolution bei uns ausbleibt, so geht es doch stets dynamisch voran, wenn über Branchengrenzen hinweg zusammengearbeitet wird und die Dinge nicht nur verfeinert, sondern auch anders gedacht werden. Unzählige Studien belegen, dass dies die Disziplin des Fortschritts ist, in der wir besser sind als die meisten anderen: nicht disruptiv sein, sondern produktiv. Umbauen statt abbauen. Produkte und Verfahren nicht kreativ zerstören, wie es in Anlehnung an Joseph Schumpeter immer öfter heißt, sondern besser machen. Das ist unser Ei des Kolumbus.

Was unseren Arbeits- und Industriestandort seit 200 Jahren beherrscht, das ist doch die erfolgreiche Kombination von Innovation und Integration, also die Fähigkeit, neue Produkte und Verfahren zu erfinden und sie dann in den vorhandenen Produktions- und Dienstleistungsprozess so zu integrieren, dass daraus ökonomischer und auch sozialer Erfolg wird.

Wir verfügen über hervorragend ausgebildete Fachkräfte, intakte und tiefe Wert-

schöpfungsketten, über äußerst produktive Kooperationen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft und vieles mehr von dem, was nötig ist. Deshalb haben wir auch sehr gute Voraussetzungen, um zum Beispiel beim Thema 4.0, also der Modernisierung unserer industriellen Produktion mit den Mitteln der Digitalisierung, im Fahrersitz zu bleiben.

Notwendig ist, dass wir jetzt konsequent die notwendigen Schritte machen und in einer konzertierten Aktion von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik bei der Produktentwicklung, bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, bei Fragen von Sicherheit und Arbeitsorganisation sowie Standardisierung und Normung vorankommen. Die neue Plattform Industrie 4.0 im Bundeswirtschaftsministerium ist dafür das geeignete Mittel.

Laut einer BITKOM-Umfrage, die im Rahmen der diesjährigen HANNOVER MESSE vorgestellt wurde, nutzen heute bereits 44 % unserer Unternehmen in den industriellen Kernbranchen Automobil, Maschinenbau, Chemie und Elektro 4.0-Anwendungen. Abseits dieser Platzhirsche wird jedoch gezögert: Eine aktuelle Studie der DZ Bank warnt, dass bei 70 % der kleinen deutschen Unternehmen die Digitalisierung im Herstellungs- und Wertschöpfungsprozess der Betriebe kaum oder gar keine Relevanz hat.

Der Grund für die Zurückhaltung liegt nicht nur in den hohen Anfangsinvestitionen, die für die Digitalisierung wichtig sind, sondern vor allem auch in der Angst, Opfer von Wirtschaftsspionage zu werden. Viele kleinere Mittelständler können es sich aber schlicht nicht leisten, einen Arbeitsstab zu finanzieren, der sich ausschließlich mit Digitalisierung und Schutz vor Cyberkriminalität beschäftigt. Hier muss die Politik zu Hilfe kommen.

Jenseits der Datensicherheit von Unternehmen geht es, wie gesagt, um den Erhalt der privaten Datenautonomie. Sonst macht

Offenheit braucht Sicherheit

keiner beim digitalen Wandel mit. Man muss nicht gleich vor einem »Totalitarismus ohne Uniform« warnen, wie es Harald Welzer und Michael Pauen in ihrem gerade erschienenen Buch *Autonomie: Eine Verteidigung* tun. Doch in der Tat ist es so, dass gerade von den großen US-Internetkonzernen und auch von Geheimdiensten eine »informationelle Macht« ausgeht, die unsere Datenhoheit und damit unsere Autonomie massiv gefährdet. Es geht deshalb darum, eine intelligente Ordnungspolitik für das digitale Zeitalter zu entwickeln.

Und schließlich muss der Wert der Arbeit auch im digitalen Zeitalter erhalten bleiben, selbst wenn wir einsehen müssen, dass sich das Verständnis und die Organisation von Arbeit verändern. Auf Online-Plattformen werden Projekte und Werkstücke auktioniert, der schnellste und billigste Anbieter bekommt den Zuschlag. Hierdurch wird nicht nur das Produkt, sondern auch die Arbeit massiv entwertet. Die Entstehung eines neuen, eines »digitalen Proletariats« ist mehr als nur eine Gefahr. Sie ist bereits real und muss gebannt werden. Die Frage, auf die vor allem die Sozialdemokratie Antworten finden muss, lautet deshalb: Wie kann es uns gelingen, auch im digitalen Zeitalter gute Arbeit zu schaffen und Arbeitnehmerrechte angesichts immer hybriderer Beschäftigungsstrukturen zu sichern?

Trotz aller Herausforderungen ist die resolute Offenheit gegenüber den Chancen der Digitalisierung nicht nur ein absolutes Muss für die SPD als Partei des Fortschritts, sondern auch eine Grundvoraussetzung für den weiteren ökonomischen und sozialen Erfolg im Land. Eine vernünftig durchgesetzte Digitalisierung kann auch mehr »smarte Partizipation« und eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit sich bringen, wenn digitale Lösungen weg von starren Arbeitszeiten und hin zu flexiblerer und dezentraler Arbeit führen. Auch kann Arbeit aufge-

wertet werden: Industriearbeitsplätze werden komplexer und damit anspruchsvoller, Fachwissen und Qualifikation dadurch immer wichtiger und Facharbeiter immer stärker zu Entscheidungsträgern.

Eine solche Veränderung der Arbeitswelt muss einhergehen mit inklusiven politischen Ansätzen. Für den umfassenden digitalen Wandel, der fast alle unsere Lebensbereiche prägen wird, brauchen wir alle Talente. Wir müssen eine Aufstiegs-gesellschaft sein und uns konsequent für alle neuen Lebensmodelle und vor allem für unterbrochene Erwerbsbiografien interessieren und einsetzen.

Vor allem müssen wir auch eine Außenöffnung vollziehen. Dass derzeit so viele Menschen nach Deutschland kommen wollen, ist für uns eine große Chance. Denn es ist doch kein Geheimnis, dass digitale Kompetenzen in anderen Ländern bereits stärker ausgeprägt sind als bei uns. Und bereits 44 % der Existenzgründungen im vergangenen Jahr wurden von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit angemeldet.

Alle Ressourcen müssen besser mobilisiert werden, damit neue Ideen zu tragenden Geschäftsmodellen werden können. Dies gilt insbesondere für die finanziellen Mittel, von denen es in Deutschland genug gibt. Deswegen arbeitet das Wirtschaftsministerium zum Beispiel intensiv an der Optimierung der bestehenden Förderstruktur für Start-ups, an der Verbesserung der rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital und an der Frage, wie wieder mehr Börsengänge von wachstumsstarken Jungunternehmen ermöglicht werden können. Auch wollen wir einen verlässlichen Rahmen für Crowdfinanzierungen schaffen. Ebenso dürfen wir uns bei Finanzierungsfragen nicht durch Denkverbote selbstbeschränken.

Der eingangs zitierte deutsche Satz im Wappen der kalifornischen Stanford University stammt übrigens vom Humanisten Ulrich von Hutten aus dem 16. Jahrhun-

*Öffnung heißt
Inklusion*

dert. Die Ziele sind also ein besseres Leben und eine stärkere Persönlichkeitsentfaltung, beides zutiefst sozialdemokratische Themen. Noch ist nicht geklärt, ob die Digitalisierung das leisten wird. Das Potenzial dazu hat sie. Wir müssen ganz einfach die Offenheit und den Mut dafür aufbringen, die Entwicklung in die richtigen Bahnen zu lenken. Und zwar in einer Weise,

die zu unseren Werten, Stärken und Traditionen passen. Mit einiger Bewunderung behaupten die Amerikaner doch: »The Germans are good in making real stuff«. Das stimmt. Und es ist die beste Voraussetzung für unseren weiteren Erfolg. Denn wir werden auch in Zukunft trotz Digitalisierung in einer realen und nicht in einer virtuellen Welt leben.



Matthias Machnig

ist Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Zuvor war er u.a. Thüringer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie und Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

buero-st-m@bmwi.bund.de

Ralf Stegner

Neue Gerechtigkeitsfragen

Gesellschaft der Ungleichheit – Wenn Beteiligung an Wahlen zur Elitensache wird

Meine Eltern sind immer wählen gegangen. Daran erinnere ich mich gut. Der Wahltag war bei uns ein besonderer Tag. Auch wenn sie uns fünf Kinder nicht mit ins Wahllokal genommen haben, wusste ich, dass sie dort etwas Wichtiges taten. Politik war bei uns zu Hause durchaus ein Thema, über das wir auch im Alltag sprachen – nicht als Elitendiskussion, meine Eltern waren schließlich Gastwirte, sondern als ein Thema, das alle betrifft. Das hat mir eine wichtige Lektion fürs Leben mitgegeben.

Heute nehmen erschreckend viele Menschen an diesem Wahlakt, der unser demokratisches Gemeinwesen konstituiert, nicht mehr teil. Die Wahlbeteiligung hat in den letzten Jahrzehnten zwar moderat, aber kontinuierlich abgenommen. Teils die Hälfte der Wahlberechtigten hat bei den vergangenen Landtagswahlen nicht von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, ganz zu schweigen von den wenigen, die ihr Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen

Parlament nutzten. Was sagt das über unser Zusammenleben aus? Kann eine demokratische Gesellschaft gerechte Entscheidungen auch dann fällen, wenn sich immer mehr Menschen nicht beteiligen?

Demokratie ist die Grundlage unseres Gemeinwesens. »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.« So steht es in Artikel 20 unseres Grundgesetzes. An demokratischen Wahlen darf jede Bürgerin und jeder Bürger teilnehmen, denn das Wahlrecht ist – bis auf Mindestalter und Staatsbürgerschaft – an keine Bedingungen geknüpft. Die Sozialdemokratie hat in ihrer 152-jährigen Geschichte lange für dieses wie übrigens auch für die meisten anderen der sogenannten bürgerlichen Rechte gekämpft. Mittlerweile stehen sie seit 66 Jahren auch in unserem Grundgesetz.

Doch in der öffentlichen Debatte mehrten sich Begriffe wie Politikverdrossen-